



Unser Statement gegen die geplanten Sozialkürzungen

Rede von Martina Bodenmüller am 1.6.2026

Die Arbeitsloseninitiative Gießen ist ein gemeinnütziger Verein in Gießen. In unserer Anlaufstelle hier in der Innenstadt gehen täglich um die 50 Menschen ein und aus, die von Erwerbslosigkeit oder Armut betroffen sind. Sie kommen zur Beratung, zur Stellensuche am Computer, ins Café oder arbeiten in Projekten mit. Viele sind auf der Suche nach Arbeit und Perspektive oder nach einer sinnvollen Tätigkeit. Manche haben davor 20 oder 30 Jahre als Ingenieurin oder Krankenpfleger gearbeitet, bevor sie z.B. durch Werksschließungen oder Burnout arbeitslos wurden. Sie haben jahrelang in unser Sozialsystem einbezahlt, und leben nun, wo sie krank oder älter geworden sind, am Existenzminimum.

Mit dem Gesetz zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, das am 1. Juli in Kraft tritt, wird das Bürgergeld zur neuen Grundsicherung. Das bedeutet Verschärfungen für die Betroffenen: Kürzung von Weiterbildungen, Reduzierung der Vermögensgrenzen und der Wohnkosten, die als angemessen gelten. Und Sanktionen bei Nichteinhaltung von Terminen und Auflagen – dies gilt übrigens schon seit April!

Wenn alle Änderungen umgesetzt werden, wird dies nicht – wie behauptet – zu großen Einsparungen führen, sondern mehr Menschen in Angst, Armut und Not stürzen. Zum Beispiel zu Wohnungsverlust, weil Betroffene die Miete nicht mehr bezahlen können, und dann in einer Einrichtung untergebracht werden müssen. Es wird nicht dazu führen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, von der sie leben können, wenn ihnen mit Sanktionen gedroht, aber kein einziger Job angeboten wird.

Aber damit nicht genug, das war offensichtlich nur der Anfang: die nun geplanten weiteren Kürzungen – Jugendhilfe, Integrationshilfen, Gesundheit, Pflegegeld (wir haben es gerade gehört) werden **die** Menschen besonders hart und existentiell treffen, die mit ihrem eher schlecht bezahlten Job gerade so über die Runden kommen. Wenn z. B. der Unterhaltsvorschuss wegfällt, werden viele Allein-erziehende, die arbeiten, ergänzend Grundsicherung beantragen müssen. Wenn an Jugendhilfe- und Bildungsmaßnahmen gespart wird, werden wir weniger jungen Menschen zu einer Ausbildung verhelfen, mit der sie später einen guten Job haben und in unsere Sozialsysteme einzahlen können.

Diese Kürzungen werden dazu führen, dass immer mehr Menschen nicht mehr am sogenannten Wohlstand teilnehmen können, ihre Kaufkraft immer mehr abnimmt. Viele werden in Armut und Notlagen gedrängt werden. Das verletzt nicht nur die Menschenwürde, sondern verursacht auch Folgekosten, die wir alle tragen müssen.

Bereits heutzutage sammeln 1,2 Millionen Menschen Pfandflaschen und 1,5 Millionen nehmen die Tafel in Anspruch, weil das Geld nicht zum Leben reicht. Warum, das sehen wir tagtäglich in der ALI: eine zu niedrige Rente trotz jahrelanger Erwerbsarbeit, ein Job mit Mindestlohn, aber mehrere Kinder zu versorgen, Zuzahlungen zur Miete, weil sie nicht komplett vom Jobcenter übernommen wird, unerwartete Kosten wie ein kaputter Kühlschrank.

Nein, die Grundsicherung reicht eben nicht zum Leben, das haben die Wohlfahrtsverbände ja nun schon oft genug durchgerechnet.

Und die geplanten Kürzungen beinhalten ja auch einen massiven Stellenabbau im Gesundheits- und sozialen Bereich. Und das, wo **WIR** in diesen Einrichtungen alle überlastet sind und absolut am Limit arbeiten. Es gibt da keinen Spielraum mehr für Kürzungen!

Sozialleistungen sind für alle da. Aber stattdessen wird so getan, als sei Einzahlung in Krankenversicherung oder die Verwendung von Steuergeldern für Jugendhilfe oder Soziales etwas Schlechtes. **Wir alle** können doch froh sein, wenn wir eine Operation nicht selbst bezahlen müssen oder im Trennungsfall mit Kindern Unterhaltsvorschuss erhalten. Wir alle können froh sein, wenn wir aufgefangen werden, falls wir pflegebedürftig werden oder eines unserer Kinder Integrationshilfe braucht.

Unser Sozial- und Gesundheitssystem ist eine Errungenschaft, auf die wir stolz sein können. Und die uns allen nützt.

Aber die Regierung will uns weiß machen, dass es nur Einzelne wären, die vom Sozialsystem profitieren, während alle anderen nur bezahlen würden. Nach der Hetze gegen Erwerbslose und gegen Menschen mit Migrationsgeschichte hetzt die Regierung nun praktisch gegen alle, die nicht reich sind. Da werden Teilzeit-Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung oder Aufstocker*innen als Sozialschmarotzer dargestellt.

Und auch alle die, die einfach nicht **noch** mehr und länger arbeiten wollen.

Mensch, das sind wir alle!



Laut der Böckler-Stiftung sind in fast keinem EU-Land die Vermögen so ungleich verteilt wie bei uns. 90% der Bevölkerung besitzen zusammen gerade einmal 40% des Vermögens. Den anderen, den 10% Reichsten, gehören 60% und sie sind in den letzten Jahren immer reicher geworden.¹ Und das nicht aufgrund ihrer Leistung.

Mehr als 50 % des Vermögens wird hier nicht erwirtschaftet sondern geerbt. Und dabei erhalten die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen, während die ärmere Hälfte fast keine oder sogar Schulden erhält.²

Wir müssen unsere Sozialsysteme stärken, anstatt sie auszuhöhlen. Und zwar, indem endlich alle in sie einbezahlen. Indem Vermögen, Kapitalerträge und Erbschaft mindestens genauso besteuert werden, wie harte Arbeit.³ Indem **alle** in eine gesetzliche Krankenversicherung einbezahlen. Indem wir Unternehmensgewinne nicht durch Steuerschlupflöcher verschwinden lassen.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Wir sind diese 90%: Arbeitende, Rentner*innen, Erwerbslose, Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen, die mehr oder weniger über die Runden kommen und deren Lebensstandard und deren Absicherung jetzt weiter reduziert werden soll.

Wir haben nicht deshalb zu wenig Geld, weil wir zu viel Pflegeversicherung bezahlen oder ein paar Leute Grundsicherung beziehen oder ein minderjähriger Geflüchteter einen Heimplatz bekommt. Wir haben deshalb zu wenig Geld, weil 10% Reiche von **unserer** Arbeit, von dieser gesamten Gesellschaft profitieren, ohne selbst ihren angemessenen Beitrag an Steuern und Sozialleistungen einzubringen.

Halten wir zusammen, um dies endlich einzufordern!



1 <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wie-sind-die-vermoegen-in-deutschland-verteilt-3579.htm>

2 <https://www.finanzwende-recherche.de/blog/vermoegensungleichheit-unserer-erbengesellschaft/>

3 Milliardäre zahlen im Schnitt 26% Steuern, Multimillionäre 29% und eine Mittelstandsfamilie 43%. In der Schweiz ist ges anders herum (Milliardäre 32%, Multimillionäre 19%, Mittelstandsfamilie 15%) Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit / die Zeit